



## Dringender Appell von Feministinnen aus Sri Lanka zur Bewältigung der sich abzeichnenden humanitären Krise infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs

Feminist Collective for Economic Justice

**Das feministische Kollektiv für wirtschaftliche Gerechtigkeit schlägt Alarm wegen der dramatischen wirtschaftlichen und politischen Krise in Sri Lanka. In diesem dringenden Appell analysiert es die Krisenursachen und die zentrale Rolle von Frauen als Betroffene und Akteurinnen. Es stellt einen politischen Forderungskatalog auf, um mit Sofortmaßnahmen der Arbeits-, Ernährungs- und Bodenpolitik den freien Fall des Landes in Hunger und Elend zu verhindern.**

Sri Lanka steht vor der schlimmsten Wirtschaftskrise seit seiner Unabhängigkeit. Die weit verbreitete Lebensmittel- und Treibstoffknappheit lähmt das Alltagsleben. Diese Situation, die bereits mehrere Wochen andauert, führt nun zu weit verbreiteten Protesten, die gewaltsam unterbunden werden. Wir rechnen mit einer Eskalation der Konflikte angesichts der Ausweitung friedlicher Proteste von einfachen Bürger:innen, die ihren demokratischen Widerstand gegen diese ungerechte Situation artikulieren. **Wir erleben eine humanitäre Krise, die sich immer weiter ausbreitet.** Diese Bedingungen werden dazu beitragen, dass noch mehr Menschen verarmen und die Ungleichheit zunimmt, wodurch das Land um mehrere Jahre zurückgeworfen wird. Frauen stehen bei der Bewältigung dieser Krise in vorderster Reihe, sei es in den Warteschlangen für Gas, für lebensnotwendige Nahrungsmittel oder bei den Protesten.

Wir befinden uns in einer dramatischen politischen Krise, auch wenn die Wirtschaftskrise für die einfachen Menschen nach wie vor im Vordergrund steht. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen bedarf es dringend eines bürgerschaftlichen, demokratischen Regierungssystems, das das Vertrauen des Volkes zurückgewinnen kann. Trotz des Zusammenbruchs der Regierung<sup>1</sup> sollten die staatlichen Einrichtungen ihre grundlegenden Verpflichtungen erfüllen und die Rechte und das Wohlergehen des Volkes sicherstellen. Alle im Folgenden eingeforderten Maßnahmen beruhen auf der Überzeugung, dass die Regierung den Grundbedürfnissen der Menschen Vorrang einräumen muss. Wir wissen, dass die Bürger:innen von der politischen Klasse zutiefst frustriert sind, und betonen, dass Sri Lanka dringend einen

<sup>1</sup> Das Kabinett wurde am 5. April aufgelöst. Der vorübergehend verhängte Notstand aber wieder aufgehoben. Am 12. April 2022 erklärte die Regierung den Staat für bankrott.

Regierungswechsel braucht, der das Vertrauen der Bevölkerung wiederherstellt. Vor diesem Hintergrund ist die unverzügliche Umsetzung einer Hilfsaktion mit dem Ziel, eine Hungersnot und ein Chaos auf nationaler Ebene zu verhindern, unabdingbar. Um diese Krise zu überwinden, MUSS die Regierung bei all ihren Entscheidungen innerhalb und außerhalb des Landes auf diese Erfordernisse eingehen, und dafür die entsprechenden Mittel bereitstellen und umverteilen.

Während die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in allen Bereichen der Insel zu spüren sind, sind es die Geringverdienenden, die von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Betrieben abhängig sind, die arbeitenden Armen in den Städten und andere verarmte Bevölkerungsgruppen sowie Gemeinschaften, die aufgrund ihrer ethnischen, religiösen, kastenmäßigen, geschlechtlichen und sexuellen Identität bereits ausgegrenzt sind, die am schwersten von dieser sich zuspitzenden Krise betroffen sind. Nicht wenige sind jetzt von Obdachlosigkeit und Elend bedroht. Für diejenigen, die schon vor der Krise vom Existenzminimum lebten, haben die steigenden Preise für lebensnotwendige Produkte das zur Verfügung stehende Geld aufgezehrt. Bevölkerungsgruppen, die von mehreren Katastrophen betroffen sind - dem langjährigen Krieg, dem Tsunami, den Bombenanschlägen zu Ostern und der Covid-19-Pandemie - sehen sich erneut mit einem Rückschlag bei ihren Bemühungen konfrontiert, ihr Leben wiederaufzubauen. Gleichzeitig geht die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit jeden Tag weiter.

Die Last einer maroden Wirtschaft trifft unweigerlich die Frauen, da die wirtschaftlichen Probleme in den häuslichen Bereich verschoben werden. Frauen sind mit der Doppelbelastung konfrontiert, gleichzeitig Geld zu verdienen und unbezahlte Betreuungsarbeit zu Hause zu leisten. Viele Frauen haben damit zu kämpfen, das Wohlergehen ihrer Kinder zu sichern, weil ihnen der Zugang zu Bildung verwehrt wird, wegen häuslicher Gewalt und ungeeigneter und ungerechter Unterhaltsregelungen für alleinerziehende Mütter. Die Frustration und die Angst vor Ungewissheit, Hunger und fehlenden elementaren Lebensbedingungen schlagen oft in häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder um. Die ohnehin beschränkten Einrichtungen zur Eindämmung dieser Gewalt werden durch die Pandemie und jetzt auch noch durch die Wirtschaftskrise weiter beeinträchtigt.

Die willkürlichen Entscheidungen der jeweiligen Regierungen in Sri Lanka haben uns bewusst in dieses Unglück gestürzt. Das Land war durch die Plantagenwirtschaft, die Bekleidungsindustrie und Migration ins Ausland in hohem Maße von Frauenarbeit abhängig, auch um Devisen für das Land zu erwirtschaften. Gleichzeitig hat sich die Wirtschaftspolitik Sri Lankas auf die Arbeit der Mütter und jeden Bereich ihres Lebens ausgewirkt - auf ihre materiellen Bedingungen, ihre Bewegungsmöglichkeiten, ihre Hoffnungen und ihren sozialen Status. Der Wohlstand, der durch die Ausbeutung von Frauenarbeit erwirtschaftet wurde, ist verschleudert worden. Niemand wird für diesen Schaden zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen sind die Frauen wieder einmal gezwungen, die Hauptlast der Wirtschaftskrise zu tragen.

Die bisherigen Antworten der Regierung beschränken sich auf die Aufnahme von Krediten zur Bewältigung der Verschuldungssituation und die Bitte um Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF). Wir fürchten, dass Institutionen wie der IWF und andere Akteure die Haushaltskonsolidierung durch eine Sparpolitik erzwingen könnten. Sie haben dies bereits häufig als eine geeignete Strategie angesehen, um den Schuldenstand zu senken. Eine regressive Steuerpolitik wie die Erhöhung der direkten Steuern über die Mehrwertsteuer und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben werden jedoch Produktivitätssteigerungen untergraben und ein integratives Wirtschaftswachstum sowie eine solide soziale Infrastruktur verhindern. Investitionen in Gesundheits-, Bildungs- und Pflegedienste sind unerlässlich, um die Leistungsfähigkeit und das Leben der Menschen zu verbessern. Die Diskussionen über diese Wirtschaftskrise werden von neoliberalen Ökonomen und makroökonomischen Konzepten dominiert. Sie haben zu einer weitgehenden Vernachlässigung der Menschen in der Krise geführt, so dass die dringlichen Anliegen von Frauen, arbeitenden Bevölkerungsgruppen und marginalisierten Gemeinschaften nicht berücksichtigt wurden. Wir betrachten die seit langem bestehenden Ursachen der Krise mit großer Sorge, wie etwa die Korruption in öffentlichen Unterneh-

men und das Versäumnis, eine progressive Steuerpolitik einzuführen. Solange diese Probleme nicht angegangen werden, befürchten wir weitere Versuche, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren, was wiederum die wirtschaftliche Belastung auf die Menschen abwälzen wird.

Vor diesem Hintergrund ist die unverzügliche Einleitung eines Hilfsprogramms in Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, eine Hungersnot und ein Chaos auf nationaler Ebene zu verhindern, unabdingbar. Alle im Folgenden geforderten Maßnahmen beruhen auf der Überzeugung, dass die Regierung den Lebensgrundlagen der Bürger:innen Vorrang einräumen und die dafür notwendigen Mittelzuweisungen und Umverteilungen vornehmen muss.

**Wir fordern die Regierung dringend auf, unverzüglich die folgenden Schritte zu unternehmen, um die sich entwickelnde humanitäre Krise zu bewältigen:**

**1. Entwicklung und Umsetzung eines Lebensmittelverteilungssystems für die gesamte Insel**, das alle Haushalte mit den wichtigsten Nahrungsmitteln versorgt - dazu gehören Reis, Öl, Zucker, Tee, Dhal und Triposha. Die bereits bestehenden Strukturen von Sathosa, Samurdhi<sup>2</sup> und Genossenschaften sollten gestärkt werden, um alle Menschen zu erreichen. Da die Zahl der Menschen zunimmt, die in prekären und Armutssituationen leben, sollte die Nahrungsmittelverteilung flächendeckend sein. Eine Durchführung "gezielter" Programme, die "nur ausgewählte Arme" unterstützen sollen, wie es einige Berater:innen empfehlen, geht an der Realität vorbei, denn damit werden die Hilfsmaßnahmen nur hinaus gezögert und den Menschen noch mehr Leid zugefügt. Gezielte Maßnahmen werden auch die sozialen Gräben vertiefen und die ohnehin schon vorhandenen Konflikte weiter anheizen.

**2. Vorrang für Ernährung und Ernährungssouveränität:** Durch die Regulierung von Kerosin- und Gaspreisen, die rasche Unterstützung und Subventionierung von Landwirten und die Hilfsmaßnahmen für die Fischerei und landwirtschaftliche Gemeinschaften muss sofort die Ernährungssicherheit gewährleistet werden. Die im Haushalt 2022 gemachten Zusagen in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit, wie z. B. der Nahrungsmittelkorb für schwangere und stillende Mütter, müssen für einen Zeitraum von 24 Monaten gelten. Die Versprechen eines Hilfspakets zur Linderung des Drucks steigender Lebenshaltungskosten, zur Sicherstellung der Schulspeisung am Mittag und zur Unterstützung der Haushalte mit Kindern müssen erfüllt werden.

**3. Stärkung eines bedürfnisorientierten Samurdhi-Unterstützungssystem**, das dessen ursprüngliche Zielsetzung wahr: In vielen Distrikten werden die Samurdhi-Leistungen gekürzt und auf kommunaler Ebene werden dafür unterschiedlichste Ausreden vorgebracht. Die Regierung muss darauf reagieren, dass immer mehr Familien unter die Armutsgrenze abgleiten, sie muss die Samurdhi-Leistungen ausweiten und die monatlichen Samurdhi-Zahlungen erhöhen, um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken.

**4. Der Gesundheitssektor muss vom Staat unterstützt werden**, um die Versorgung mit Medikamenten, wichtigen medizinischen Geräten, Gesundheitsprodukten und Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit zu gewährleisten.

**5. Hilfsangebote (Überweisungen, Unterstützung und Betreuung) zur Bekämpfung von Hunger, Obdachlosigkeit, Elend und häuslicher Gewalt:** Die Regierung muss Soforthilfeprogramme zur Bekämpfung von Hunger, Obdachlosigkeit, Mittellosigkeit und häuslicher Gewalt einrichten. Die Staatsbediensteten müssen verpflichtet werden, diese Leistungen ohne Diskriminierung, Vorurteile und Werturteile zu erbringen. Da die Zunahme von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt vorprogrammiert ist, sollten staatliche und nicht-staatliche Stellen Unterstützungsdienste, einschließlich Schutzeinrichtungen für Frauen und Kinder, bereitstellen. Die Maßnahmen müssen zeitnah erfolgen und einen auf die Betroffenen ausgerichteten Ansatz verfolgen (Schutz der Rechte, der Privatsphäre und der Gene-

---

<sup>2</sup> Sathosa und Samurdhi sind staatliche Programme für Menschen mit geringem Einkommen zum Bezug von Lebensmitteln.

sung des Opfers, um das Vertrauen des Opfers zu stärken, ohne jegliche Schuldzuweisung, ohne öffentliche Bloßstellung oder Duldung von Vergeltungsmaßnahmen).

**6. Sofortmaßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Einnahmen zur Umsetzung der oben genannten staatlichen Programme:** Wir fordern die Regierung dringend auf, eine progressive Besteuerung einzuführen, um die notwendigen öffentlichen Einnahmen des Landes zu gewährleisten, einschließlich der Einführung angemessener Vermögenssteuern. Eine solche Besteuerung darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Armen und der arbeitenden Bevölkerung des Landes führen. Die Regierung muss sicherstellen, dass die öffentlichen Einnahmen für die Umsetzung von Programmen der sozialen Absicherung verwendet werden, die als Antwort auf die Krise in Verbindung mit Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft dienen.

**7. Vorrang für eine Arbeits- und Bodenpolitik, die die Existenzsicherung der Menschen ermöglicht:** Die verschiedenen Regierungen haben es versäumt, sich um eine Bodenpolitik zu kümmern, die den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen gerecht wird, sowie um die Klimakrise und um eine auf die Menschen ausgerichtete Beschäftigungspolitik. Da in dieser Krise eine starke Tendenz zu ausbeuterischen Methoden zu beobachten ist, dürfen bestehende Arbeitsschutzmaßnahmen und Landrechtsregelungen nicht aufgeweicht werden. An Kleinbäuerinnen, die lebenswichtiges Getreide produzieren, sollte Land verteilt werden.

**8. Konsultationen mit Frauen:** Die Bewältigung dieser Krise erfordert die Anhörung und Beteiligung von Frauen. Da Frauen in Entscheidungsprozessen nur schwach vertreten sind, ist es von entscheidender Bedeutung, dass beratende Gremien, Entscheidungsprozesse und Lösungsansätze eine direkte Beteiligung von Frauen vorsehen, insbesondere eine Vertretung von Arbeitnehmerinnen und von den Problemen betroffenen Frauen.

Und schließlich laden wir Frauengruppen, Gewerkschaften, Bauern- und Fischerkollektive, Genossenschaften, religiöse Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und fortschrittliche politische Bewegungen dazu ein, sich solidarisch für sofortige Maßnahmen zur Bewältigung der sich abzeichnenden humanitären Krise einzusetzen, die unsere gemeinsame Zukunft auf Generationen hinaus zu zerstören droht.

Unterzeichnet von 21 Organisationen und 47 Einzelpersonen

Übersetzung: Uwe Hoering

## Die Autorin

Feminist Collective for Economic Justice

FEministcollectiveforjustice@gmail.com

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln (Germany)

speak.up@asienhaus.de

www.asienhaus.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist

eine Kooperation zwischen der Stiftung

Asienhaus und dem Südasiensbüro.

SÜDASIEN



Stiftung  
Asienhaus